

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Manuel Sarrazin, Kerstin Andreae, Dr. Frithjof Schmidt, Katrin Göring-Eckardt, Birgitt Bender, Katja Dörner, Dr. Thomas Gambke, Sven-Christian Kindler, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen
– Drucksache 17/13060 –**

Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des ESM-Finanzierungsgesetzes, nach § 3 Absatz 1 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes im Rahmen der Haftungsanpassungen nach Artikel 8 Absatz 2 des EFSF-Rahmenvertrages sowie nach § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Zypern ist aufgrund ihres überdimensionierten Finanzsektors und seiner Bankenkrise in wirtschaftliche Not geraten. Eine Rettung durch den ESM ist notwendig geworden, um eine drohende Staatspleite zu verhindern und die Finanzstabilität in der gesamten Eurozone nicht zu gefährden. Die Republik Zypern hat innerhalb weniger Wochen drastische Schritte zur Sanierung des Bankensektors unternommen, die mit massiven Zugeständnissen verbunden waren, und verdient dafür unseren vollen Respekt. Der zwischenzeitliche Kompromiss der Eurogruppe für ein Hilfspaket, das auch eine Beteiligung von Einlegern mit einem Guthaben unter 100 000 Euro vorsah, hat zu einer größeren Verunsicherung beigetragen, die bis heute anhält.

Die Republik Zypern ist und bleibt Mitglied der Europäischen Union und der Eurozone. Daran darf kein Zweifel mehr bestehen. Das schlechte Krisenmanagement der Eurogruppe hat in den letzten Wochen auf allen Seiten viel Vertrauen gekostet: Vertrauen in die Solidarität zwischen den Eurostaaten und Vertrauen der Bevölkerungen in die Sicherheit selbst kleiner und mittlerer Ersparnisse bei Banken in der Eurozone. Die Debatte um das Hilfspaket für Zypern war sowohl in Deutschland wie auch in Zypern schwierig. Der Kommunikationsstil zwischen europäischen Partnern sollte auf Augenhöhe verlaufen und von gegenseitigem Verständnis und Respekt geprägt sein.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Zustimmung zu den ESM-Hilfen für Zypern von Anfang an von klaren Kriterien abhängig gemacht. Dazu gehören eine Verkleinerung des Bankensektors, eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche, höhere Unternehmenssteuern, die Tragfähigkeit der Verschuldung und eine ernstzunehmende Perspektive für wirtschaftliche Entwicklung.

Das vorliegende Memorandum of Understanding kommt diesen Anforderungen in vielen Punkten nach: Der überdimensionierte Bankensektor wird bereits kurzfristig durch die Abwicklung bzw. Restrukturierung der beiden größten Banken auf 350 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) und damit auf den EU-Durchschnitt gesenkt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert seit langem, dass nicht die europäischen Steuerzahler für die verfehlte Bankenpolitik haften. Hier wird mit der Einbeziehung der Anteilseigner, Anleihehalter und Einleger vor den Steuerzahlern diesem Grundsatz gefolgt. Allerdings braucht es für ein solches Vorgehen für die Zukunft ein klares europäisches Regelwerk. Die Geldwäsche wird mit verschiedenen Maßnahmen bekämpft werden. So soll ein Trust-Register geschaffen werden, welches – konsequent umgesetzt – die Praxis der anonymen Wirtschaftstätigkeit auf Zypern beenden könnte und die Umsetzung der Anti-Geldwäschestandards wird durch unabhängige Gutachter grundlegend überprüft und verbessert. In der praktischen Umsetzung kommt es nun darauf an, dass das geplante Register alle juristischen Personen, also Gesellschaften und Stiftungen unterschiedlichster Rechtsformen, umfasst und dass die dahinterstehenden begünstigten natürlichen Personen klar erkennbar gemacht werden. Die niedrigen Steuersätze in der Republik Zypern stellen ein doppeltes Problem dar: Einerseits schwächten sie die Einnahmesituation Zyperns dramatisch und führten zu einer strukturellen Unterfinanzierung des Staatshaushaltes, andererseits zogen die niedrigen Steuersätze ausländische Unternehmen an und befeuerten den europäischen Steuerwettbewerb nach unten. Zypern hat nun erste wichtige Schritte unternommen, um dies zu ändern: der Körperschaftsteuersatz und die Zinsertragssteuer werden angehoben, die Einnahmen aus der Vermögensbesteuerung erhöht und das Steueraufkommen durch eine effizientere Steuerverwaltung gesteigert. Dies sind erste notwendige Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Steuerharmonisierung – denen noch viele folgen müssen. So ist es auf Dauer nicht hinnehmbar, dass Unternehmen in Zypern ihre Gewinne geringer besteuern können, wenn es sich um Dividenden oder Lizenzgebühren handelt. Das Holdingprivileg und die Niedrigbesteuerung von Lizezeinnahmen müssen in Zypern mittelfristig ebenso beendet werden wie in einigen anderen europäischen Ländern.

Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds hat aus den Erfahrungen mit den anderen europäischen Staaten anscheinend gelernt. Wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer wieder kritisiert, haben drastische Einsparungen vielerorts die Krise verschärft und die soziale Situation der Bevölkerung nicht ausreichend beachtet. Zypern wird nun beispielsweise für Privatisierungen mehr Zeit eingeräumt. Kürzungen bei Renten und Löhnen werden nicht mehr pauschal, sondern gestaffelt vorgenommen; dennoch wird es auch in Zypern zu Eingriffen in die Gesundheitsversorgung und Bildung kommen. Problematisch ist, dass trotz Kapitalverkehrsbeschränkungen beachtliches Geldvermögen außer Landes transferiert worden ist.

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg des Programms ist die Frage der Schuldentragfähigkeit, die stark von der wirtschaftlichen Erholung des Landes abhängt. Nur wenn der Insel der wirtschaftliche Neuanfang gelingt, können sich die Staatsfinanzen stabilisieren und die Schulden bedient werden. Im Zweifelsfall muss das Programm nachjustiert werden und dem Land mehr Luft zum Atmen verschafft werden – wie es Portugal und Irland auch bekommen sollen. Denn eins zeigt die Krise deutlich: Sparen um jeden Preis zahlt sich nicht aus, wenn man die Wirtschaft dabei erstickt und die Existenzgrundlage zerstört.

Zypern muss sich für den Neubeginn auf europäische Solidarität verlassen können. Investitionen in nachhaltiges Wachstum, wie Solarenergie, Tourismus und Landwirtschaft müssen unterstützt, die sozialen Auswirkungen der Krise abgedeckt und bizonale Projekte gefördert werden. Privatisierungen dürfen nicht allein mit Blick auf den Erlös erfolgen, sondern sollen auch zum Ziel der Entwicklung und sozial-ökologischen Transformation Zyperns beitragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich für eine zügige Vervollständigung einer europäischen Bankenunion einzusetzen. Zuvorderst muss dabei eine europäische Restrukturierungs- und Abwicklungsbehörde mit einem Restrukturierungsfonds eingerichtet werden, welche aus Mitteln der Branche finanziert werden muss. Könnten wir schon heute innerhalb der europäischen Rettungsarchitektur auf den von den Grünen seit langem geforderten Restrukturierungsfonds zurückgreifen, wäre die Lage in Zypern weit weniger dramatisch. Die Behörde muss unabhängig von der Europäischen Bankenaufsicht angesiedelt werden, um Interessenskonflikte zu vermeiden;
- sich für ein einheitliches Insolvenzrecht in der EU einzusetzen, welches die Haftungskaskade bei Nichterfüllen der Kapitalanforderungen eindeutig vorgibt. Ein Europäischer Bankenrestrukturierungsfonds darf erst nach einem Bail-In der Bankgläubiger tätig werden;
- den Druck auf alle Geldwäsche- und Steueroasen deutlich zu erhöhen, zu denen auch Zypern gehört. Dafür braucht es einen umfassenden automatischen Informationsaustausch, der alle Kapitalerträge und Gebiete umfasst, sowie eine Transparenz von allen Begünstigten von Unternehmen, Stiftungen und Trusts. Den Ankündigungen des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble, FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) in Europa umzusetzen, müssen nun Taten folgen. Wir brauchen einen europäischen Steuerpakt nach den Vorschlägen der Grünen, der die Steuerhinterziehung und den schädlichen Steuerwettbewerb in Europa beendet, und damit erst die Voraussetzung für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen schafft;
- den schädlichen Steuerwettbewerb um Unternehmensgewinne in Europa zu beenden. Sondersteuerregimes für Lizenzgebühren oder andere Erträge darf es in Europa nicht geben. Es muss sichergestellt werden, dass alle Unternehmensgewinne in Europa einer Mindestbesteuerung unterliegen. Die Bundesregierung muss deswegen auch ihren Widerstand gegen eine verpflichtende, gemeinsame, konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage aufgeben. In der EU braucht es eine Verständigung darauf, dass Gewinne, die die EU verlassen, mit einer Quellensteuer belegt werden, um unter anderem die europäischen Steuermodelle global agierender Konzerne zu bekämpfen;
- sich dafür einzusetzen, dass durch eine stringente Informationsbeschaffung regelmäßig der Fortschritt verschiedener Maßnahmen wie der Schaffung eines Trust-Registers, der Bekämpfung der Geldwäsche, der Anhebung der Unternehmens- und der Vermögensteuer sowie der Stabilisierung bzw. Abwicklung von Banken verfolgt und öffentlich gemacht wird;
- sich bei der Europäischen Kommission und im Rat dafür einzusetzen, Zypern bei der Entwicklung einer wirtschaftlichen Perspektive und Investitionen, wie beispielsweise den Ausbau erneuerbarer Energien, zu unterstützen, indem u. a. für Zypern der Zugang zu Strukturfonds erleichtert wird, indem der Kofinanzierungsanteil gesenkt wird; zusätzliche Mittel der Europäischen Investitionsbank sowie zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit schnellstmöglich bereitgestellt werden; ein Aktionsteam, bestehend aus nationalen und europäischen Beamten, ähnlich wie in Griechenland, Spanien, Portugal oder Irland die Neuzuweisung von EU-Mitteln für die Förderung von Beschäfti-

gungsmöglichkeiten und für einen erleichterten Zugang für mittelständische Unternehmen zu Finanzierungsmitteln vornimmt und die Umsetzung dieser Finanzierungen beschleunigt;

- jede sich bietende Möglichkeit zu nutzen, um das Vertrauen in den politischen Zusammenhalt der EU und die europäische Solidarität wiederherzustellen. Bei Anpassungsmaßnahmen in den Programmländern müssen die Auswirkungen auch mit europäischer Unterstützung sozial abgefedert und eine gerechte Lastenverteilung sichergestellt werden. Die soziale Schieflage, in die viele Länder Europas geraten sind, muss ausgeglichen werden, um einer Verschärfung der Krise entgegenzuwirken. Dafür muss Deutschland zurückkehren zu einem Kurs, der der Notwendigkeit eines stärkeren Miteinanders Rechnung trägt;
- sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene ihre Bemühungen für eine Lösung des Zypernkonflikts zu intensivieren und alle beteiligten Akteure bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der Insel bestmöglich zu unterstützen. Mit der Wahl des zyprischen Präsidenten Nicos Anastasiades waren viele Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Friedensprozesses verknüpft. Das Krisenmanagement der Eurogruppe hat auch diesem Anliegen geschadet. Das ist bedauerlich, auch weil der Friedensprozess und die Stärkung der bizonalen und bikommunalen Zusammenarbeit erhebliche positive wirtschaftliche Effekte haben würden.

Berlin, den 16. April 2013

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion